

Schon seit einigen Tagen liefen Gerüchte um, die kolumbianische Regierung verhandele in Kuba heimlich mit der FARC. Ex-Präsident Uribe hatte die Regierung deswegen scharf kritisiert. Am 27.8.2012 wurde offiziell angekündigt, man werde sich zu Sondierungsgesprächen treffen, was zum Hauptthema aller kolumbianischen Medien wurde.

Hier die Online-Meldung des Magazins EL ESPECTADOR vom 28.8.2012:

Sondierungsgespräche

Die Spekulationen sind vorbei. Vergangene Nacht, in einer kurzen Verlautbarung des Präsidentsamtes, bestätigte Präsident Juan Manuel Santos, seine Regierung habe "Sondierungsgespräche" mit der FARC eingeleitet auf der Suche nach Vereinbarungen, wie man sich treffen und über die Beendigung des Konflikts sprechen könnte. Wie verlautete, sollen die Annäherung und mögliche zukünftige Aktivitäten auf drei Prinzipien beruhen: Das Lernen aus Fehlern der Vergangenheit, um diese nicht zu wiederholen, dass jeglicher Annäherungsprozess das Ende des Konflikts zum Ziel haben muss und dass die militärischen Operationen und die Präsenz des Militärs auf dem gesamten nationalen Territorium bestehen bleibt.

Ebenfalls lud der Staatschef die ELN (zweite Guerrillabewegung in Kolumbien, A.d.Ü.) dazu ein, unter den genannten Prinzipien sich den Bestrebungen, den Krieg zu beenden anzuschließen und bezog sich dabei auf Erklärungen von Nicolás Rodríguez alias Gabino, den Oberkommandierenden dieser Gruppe, in denen dieser gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters von der Option gesprochen hatte, gemeinsam mit der FARC Friedensverhandlungen mit der Regierung zu führen, in denen ohne Vorbedingungen die wichtigen Probleme des Landes diskutiert werden sollten. "Wenn es einen solchen Dialog geben sollte, wird es Ergebnisse geben und neue Wege, die Reichtümer des Landes zu nutzen. Gibt es ihn nicht, weil man stattdessen auf den Vorgaben der Kapitalisten besteht, wird der Kampf unweigerlich andauern", hatte Gabino gesagt.

"In den nächsten Tagen werden die Ergebnisse der Annäherung mit der FARC bekanntgegeben. Die Kolumbianer können sich ganz darauf verlassen, dass diese Regierung mit Vorsicht, Ernsthaftigkeit und Festigkeit vorgehen wird und stets dem Wohl und der Sicherheit aller Bewohner unseres Landes den Vorrang einräumen wird", schloss Präsident Santos, ohne zu dementieren oder zu bestätigen, es sei vereinbart, sich in Oslo zu treffen, wie dies zuvor der Fernsehsender Telesur gemeldet hatte.

Wie EL ESPECTADOR vor einigen Wochen erfuhr, wurden regierungsseitig Umweltminister Frank Pearl und Sicherheitsberater Sergio Jaramillo und seitens der FARC Rodrigo Granda und Jaime Alberto Parra alias El Médico beauftragt, Kontakte herzustellen. Auch Pablo Catatumbo (war an den Verhandlungen über unsere Freilassung beteiligt, A.d.Ü.) und Marcos Calarcá als Sprecher der FARC erwähnt.

Der Intendant von Telesur, Jorge Enrique Botero, erklärte in einem Interview mit dem Radiosender Caracol, die Vereinbarung, sich zu treffen, sei "geheim und mit allen Vorsichtsmaßnahmen seit Mai `geköchelt` worden unter Beteiligung Kubas, Venezuelas und Norwegens".

Botero legte auch dar, man habe bislang festgelegt, dass am 5. Oktober in Oslo offiziell der Beginn der Gespräche bekanntgegeben werden sollte und dass die Rolle des venezolanischen Präsidenten Chávez sehr "proaktiv und eindringlich gewesen sei, der beiden Seiten die Dinge dargelegt habe, die für den Aufbau des Dialogs notwendig sind".

Diese Zeitung wusste, dass auch die Regierung Chiles bereit war, als Garant zu fungieren und dass auf Seiten Norwegens als Moderatoren verfügbar waren: Dag Nylander, Berater in Friedensangelegenheiten, Jennifer Schirmer, Wissenschaftlerin, die hohe Offiziere Kolumbiens geschult hat und Jan Egeland, früherer Vize-Generalsekretär der UNO, zuständig für Humanitäre Angelegenheiten.....

Bezüglich der Aussagen Boteros versicherte Ex-Vizepräsident Francisco Santos, heute Nachrichtenchef von Radio RCN, die Kontakte hätten im August 2010 begonnen, direkt nach der Amtseinführung der Regierung Santos, als die diplomatischen Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela wieder aufgenommen wurden, die in der Endphase der Amtszeit von Präsident Uribe unterbrochen worden waren. Wie er sagte, enthielt die Agenda für eventuelle Verhandlungen sechs fundamentale Themen und es war darin erstmals die Rede von Demobilisierung, Waffenstillstand und Übergabe der Waffen.

Gestern traf sich der Staatschef hinter verschlossenen Türen mit Ex-Präsident Gaviria (war danach auch Generalsekretär der Org. Amerikanischer Staaten OAS, A.d.Ü.) und danach mit Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzón. Und obwohl es darüber keine Verlautbarungen gab, weiß man auch von Treffen mit anderen Ex-Präsidenten wie Ernesto Samper und Andrés Pastrana, die der Gewinnung von Rückendeckung für das Unternehmen Frieden dienen.

Inzwischen sortierte sich die öffentliche Meinung Kolumbiens in jene, die für die Option der Suche nach einer Verhandlungslösung sind und andere, die darauf beharren, man dürfe die Tür zu Verhandlungen nicht öffnen, solange die Guerrilla weiterhin terroristische Akte verübt. Und wie zu erwarten war, reagierte Ex-Präsident Uribe als einer der Ersten, der zu verstehen gab, all dies folge einem Plan des venezolanischen Präsidenten Chávez, der damit seine Aussichten auf Wiederwahl zu verbessern suche.

“Alles ist gesagt. Die Legitimation, die die Regierung Santos der Komplizenschaft zwischen Chávez und der Guerrilla verschafft hat, zahlt sich aus für Chávez....., weil es seiner Wiederwahl nützt”, erklärte Uribe in einem Forum mit Studenten in Barranquilla. Für Uribe hat die Haltung von Santos, eine Annäherung mit der Guerrilla zu suchen, “einen hohen Preis, nämlich zwei Jahre der Aussetzung der Politik der “Demokratischen Sicherheit” und des Wiedererstarkens des Terrorismus. Und diese Regierung glaubt, man könne zum Frieden gelangen durch Verhandlungen mit einem Terrorismus, den die Regierung erst ermöglicht hat”.

Diese Position wird unterstützt durch die Vereinigung der Viehzüchter, deren Präsident José Felix Lafaurie der Meinung ist, dass es sehr riskant ist, was die Regierung tut. “Der einzige Weg, den die FARC beschreiten kann, ist der der Unterordnung unter die Justiz. Viel zu verhandeln gibt es nicht, denn das Einzige, das nötig ist, ist die Übergabe der Waffen, die Freilassung der Entführten und sich Urteilen zu unterwerfen, die zur Wiedergutmachung der Schäden führen”.

Auf Seiten derer, die meinen, es sei der Moment gekommen, die Suche nach dem Frieden zu wagen, sind Persönlichkeiten auszumachen wie Ex-Präsident Ernesto Samper, der glaubt, “die Sterne standen noch nie so günstig wie jetzt zugunsten der Suche nach einer Politik nicht nur für den Frieden, sondern für die nationale Versöhnung”. Auch Generalstaatsanwalt Eduardo Montealegre verteidigte den Standpunkt der Regierung und betonte, der Ausweg aus dem kolumbianischen Konflikt führe nicht über den Weg der Waffen, sondern über einen Friedensprozess.

Andere, wie der frühere Friedensbeauftragte Daniel García Peña heben hervor, die Tatsache, dass man es bis jetzt geschafft habe, die Kontakte geheim zu halten, sei ein gutes Zeichen, und

er sagte, die Teilnahme von Ländern wie Kuba, Venezuela und Norwegen sei sehr wichtig, um die Gespräche voran zu bringen und Szenarien für die Verhandlungen zu eröffnen, wie auch ihre eigenen Erfahrungen einzubringen. "Norwegen hat in dieser Hinsicht eine lange Geschichte" fügte er hinzu.

María Victoria Llorente, Direktorin der Stiftung "Ideen für den Frieden", glaubt, dass ein Dialog der einzige Weg aus dem Konflikt sei, aber sie betont, dass "der Erfolg eines eventuellen Verhandlungsprozesses davon abhängt, dass die Gespräche kurz sein müssen, und dass die FARC deutliche Beispiele geben muss, dass sie Frieden will".

Senator Carlos Alberto Baena, Mitglied des Senatsausschusses für Frieden, brachte zum Ausdruck, dass "von jetzt an wir alle das Recht haben, über die möglichen Verhandlungen informiert zu werden, die von Beginn an das einzige Ziel haben müssen, zum Frieden zu gelangen", sagte er.

Klar ist, dass der Markt der Gerüchte, in den sich das Thema der Annäherung verwandelt hatte, Präsident Santos dazu zwang, zum Thema Stellung zu nehmen ohne die höchstmögliche Diskretion aufzuheben. Mauricio Romero, Professor der Politischen Wissenschaften an der Universität Javeriana und Experte in Friedens- und Konfliktforschung, glaubt, dass im Endeffekt der Präsident das Vertrauen der gesamten kolumbianischen Bevölkerung gewinnen muss und dies auch will und dass derart komplizierte Verhandlungen nicht vor Mikrofonen geführt werden können.

Aber darüber hinaus ist es nun die große Herausforderung für den Staatschef, das Volk davon zu überzeugen, dass man das Thema der Verhandlungen trennen muss vom Wahlkampf bzw. seiner eigenen Wiederwahl. Der frühere Berater in Friedensangelegenheiten Lázaro Viveros warnt: "Was nun folgt, hängt davon ab, ob wir es schaffen, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass wir uns dem Frieden verpflichtet fühlen, aber auch wissen, dass währenddessen auch andere öffentliche Aufgaben weiter notwendig sind. Da ist nicht nur guter Wille nötig, sondern Aktionen, Vorschläge und Aufgaben der Geheimdienste....., denn viele werden ihre Karten für oder gegen die Wiederwahl ausspielen wollen".